



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Januar/Februar 2016

Erneut Einzelfallprüfung für alle Asylbewerber

Seit Jahresbeginn müssen alle Flüchtlinge wieder in die Einzelfallprüfung. Dabei haben sie die Gründe für ihre Flucht den deutschen Behörden persönlich darzulegen. So entschied es die Innenministerkonferenz im Dezember. Zuvor war das Asylverfahren für Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Eritrea noch vereinfacht worden. Doch auch für sie heißt es jetzt wieder, zur persönlichen Anhörung zu erscheinen.

Die Entscheidung der Innenminister war Sicherheitsbedenken geschuldet. Sie reagierten damit nach eigenen Angaben auf Berichte, dass die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) in großem Umfang Handel mit gefälschten syrischen Pässen treibe. Kritiker befürchten, dass es durch die Einzelfallprüfung zu einer Verlangsamung der Asylverfahren kommt.



gettyimages/Patrik Stollarz

2015: Rund 1,1 Millionen Flüchtlinge in Deutschland registriert

Im vergangenen Jahr sollen hierzulande insgesamt 1.091.894 Flüchtlinge registriert worden sein. Das berichten Medien mit Bezug auf aktuelle Daten des Erstverteilungssystems EASY. Darüber werden die Flüchtlinge zunächst auf die Bundesländer verteilt. Da die Zahlen jedoch nicht ausweisen, wie viele Eingereiste nicht erfasst oder mehrfach registriert wurden, gelten diese Daten als ungenau. Deshalb gab das Bundesinnenministerium dazu auch keine Stellungnahme ab.

Jeder zweite Neubeschäftigte war 2015 Migrant

Von den Personen, die im vergangenen Jahr in Deutschland eine neue Stelle gefunden haben, war jeder Zweite Migrant. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, stieg die Zahl der Beschäftigten hierzulande 2015 im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 324.000 oder 0,8 Prozent an. Damit waren im Jahresmittel rund 43 Millionen Menschen erwerbstätig – ein neuer Rekordwert.



Was vertreibt Flüchtlinge



shutterstock / jamey Cargely

In den vergangenen Monaten hat sich diese Aussage zum Standardrepertoire von Politikern entwickelt: Wir müssen die Gründe, warum so viele Menschen nach Europa flüchten, in deren Heimatländern bekämpfen. So will man des Zustroms von Schutz suchenden Menschen in einigen EU-Staaten Herr werden. Doch Kenner der Zustände in jenen Staaten, aus denen die meisten Geflüchteten stammen, warnen, dass die Forderung nach Abhilfe vor Ort einfacher geäußert als in die Tat umgesetzt ist. Dies umso mehr als nach Ansicht kritischer Beobachter über die tatsächlichen Fluchtursachen oft nur sehr ungenaue Vorstellungen vorzuherrschen scheinen.

Was also treibt Menschen dazu, sich den Risiken einer Flucht auszusetzen? Die Gründe dafür sind ebenso unterschiedlich wie die Herkunft der Flüchtlinge: Eindeutig im Vordergrund stehen jedoch kriegerische und andere Konflikte in der Heimat, aber auch Verfolgung, Repressalien, wirtschaftliche Not sowie fehlende (Überlebens-)Perspektiven für sich selbst und die Kinder.

In **Syrien**, dem Hauptherkunftsland des jüngsten Asylbewerberzustroms, tobt seit einigen Jahren ein blutiger Bürgerkrieg, der nach Ansicht von Beobachtern wesentlich durch verschiedene machtpolitische Interessen im Hintergrund befeuert wird. Dieser

Konflikt hat inzwischen mehr als 250.000 Menschen das Leben gekostet, wie UN-Generalsekretär Ban Ki-moon berichtet. Rund 6,5 Millionen sollen das Land verlassen haben, um sich außerhalb Syriens vor den Gräueln des Krieges in Sicherheit zu bringen. Außerdem flohen schon vor Ausbruch der kriegerischen Handlungen bereits über 4 Millionen Syrer in Nachbarländer.

Viele dieser Menschen haben während ihrer – vielfach schon Jahre andauernden – Flucht unterdessen ihre Ersparnisse aufgebraucht, sind mittellos. Gleichzeitig eröffnen sich ihnen in den Ländern, die sie bislang aufnahmen, kaum Möglichkeiten, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

aus ihrer Heimat?

Diese Trostlosigkeit wird durch fehlende Bildungsmöglichkeiten für die Kinder zusätzlich gesteigert. Wenn dann auch noch die verteilten Lebensmittelrationen immer kleiner werden, weil den internationalen Hilfsprogrammen die dafür erforderlichen Mittel fehlen, erscheint Vielen die Flucht nach Europa als Ultima Ratio.

Albanien, das Herkunftsland der zweitgrößten Anzahl von Asylbewerbern in Deutschland im vergangenen Jahr, gilt immer noch als eins der ärmsten Länder in Europa. Wie in anderen Balkanstaaten sind auch für Albaner die wichtigsten Beweggründe, ihr Land in Richtung Westeuropa zu verlassen, die in der Heimat vorherrschende Armut, die fehlenden Arbeitsplätze, aber ebenfalls ein nicht unbedingt verlässliches Rechtssystem. Der hohe Anteil an Roma bei den Flüchtlingen vom westlichen Balkan ist der Diskriminierung dieser Volksgruppe in den dortigen Staaten geschuldet. Nach den Erfahrungen von Fachleuten wurden bis vor Kurzem von dort zudem Menschen mit falschen Versprechungen in die Bundesrepublik gelockt und hier zum Teil gewissenlos ausgebeutet. Nach Auskunft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlingen (BAMF) stellten im vorigen Jahr Aussiedler aus den sechs Balkanländern (**Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina**) sowie **Montenegro** ein Viertel aller Erstanträge auf Asyl in der Bundesrepublik.

Mit einem Anteil von 7,1 Prozent an der Gesamtzahl der Asylanträge im Jahr 2015 nehmen die Menschen aus **Afghanistan** den vierten Platz in der BAMF-Statistik ein. Sie erlebten seit Jahrzehnten, dass trotz – oder wie manche behaupten gerade wegen – ausländischer Interventionen das Leben in ihrer Heimat von (Bürger-)Krieg und Terror bestimmt wird. Die Folgen davon sind ein wirtschaftlich weitgehend zerstörtes Land, in dem letztlich nur der Drogenhandel gedeiht.

Aus dem ebenfalls von Bürgerkrieg und seinen Folgen gekennzeichneten **Irak** kam 2015 die fünftgrößte Asylbewerbergruppe nach Deutschland. Diese Menschen versuchen gleichfalls, sich hierzulande in Sicherheit zu bringen.

Geht man die BAMF-Statistik durch, springen auch bei anderen Herkunftsländern immer wieder die gleichen Fluchtursachen ins Auge: unsichere Zustände in der Heimat, Not und Perspektivlosigkeit. Und in den Nachbarstaaten der Herkunftsländer geht es den Flüchtlingen vielfach nicht wirklich besser: So zwingt der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt viele dazu, unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen häufig illegale Arbeit anzunehmen, wofür ihnen dann wiederum Sanktionen drohen. Da erscheint Vielen die gefährliche Flucht nach Europa als aussichtsreicher.

Fluchtgrund Elend in den Flüchtlingslagern

Fluchtursachen bekämpfen – das postuliert die Politik inzwischen geradezu mantraartig als wichtigen Ansatz, um den Flüchtlingsstrom nach Europa zu vermindern. Dabei wird allerdings oft übersehen, dass wesentliche Voraussetzungen, die Menschen von einer Fortsetzung ihrer Flucht nach Europa abhalten könnten, nicht geschaffen werden: menschenwürdige Zustände in den Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten jener Krisenländer, aus denen die Flüchtigen kommen. Die Gründe für das dort oft vorherrschende Elend benennt der UN-Flüchtlingskommissar notgedrungen schonungslos: Viele Länder kommen ihren finanziellen Zusagen für die Hilfsprogramme der Vereinten Nationen einfach nicht nach. So soll von den für die UN-Ernährungsprogramme zugesagten Mitteln lediglich rund ein Drittel eingezahlt worden sein.

Infolgedessen müssen in vielen Flüchtlingslagern inzwischen die Nahrungsrationen immer weiter verkleinert werden, wie Hilfsorganisationen berichten. Weil das dafür nötige Geld fehlt. Gleiches trifft demnach auch auf die sanitäre Grundversorgung zu. Gar nicht zu reden von den fehlenden Bildungschancen für Kinder, denen so jede Zukunftsperspektive genommen wird. Ein wenig mehr Augenmerk auf diese Defizite könnte nicht nur Fluchtursachen entgegenwirken, sondern auch vermeiden helfen, dass perspektivlose junge Flüchtlinge für die „Rattenfänger“ der Gewalt zugänglich werden, mahnen Fachleute. Dazu müssten viele Staaten jedoch erst einmal ihre Zusagen einhalten!

Einheitliche Registrierung: neuer Ankunftsnachweis für Asylsuchende

Mit einem neuen Ankunftsnachweis wollen das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Registrierung von Asylsuchenden vereinfachen und die Dauer der Verfahren verkürzen. Die Ausweise, die an alle Flüchtlinge ausgegeben werden, enthalten neben einem Foto des Asylsuchenden seine persönlichen Daten, seine Kontaktangaben und eine spezielle Identifikationsnummer. Ferner soll der Ankunftsnachweis Auskunft über die Schulbildung und die berufliche Qualifikation des Flüchtlings geben. Da-

von erhoffen sich die Initiatoren des neuen Ausweises eine leichtere Integration und Arbeitsvermittlung.

Der Ankunftsnachweis, der Ende vergangenen Jahres erprobt wurde, soll ab Februar 2016 von den zuständigen Aufnahmeeinrichtungen und den zuständigen Außenstellen des BAMF gleich nach der erkenntnisdienlichen Behandlung des Flüchtlings ausgegeben werden. Die darauf gespeicherten Daten sollen allen Behörden zugänglich sein. Ein entsprechendes einheitliches Erfassungssystem muss allerdings noch entwickelt werden.

Flüchtlinge sind überwiegend gesund

Niemand in Deutschland muss sich darum sorgen, dass von Zuwanderern ansteckende Krankheiten „mitgebracht“ werden. Solchen Befürchtungen hat der Präsident der deutschen Ärzteschaft, Frank-Ulrich Montgomery, eindeutig widersprochen. Im Gegenteil: Die Flüchtlinge seien sogar „übernormal gesunde Menschen“, sagte Montgomery der Zeitung „Die Welt“. Nach seinen Worten sind die Neuankömmlinge in Deutschland keine Überträger von Infektionskrankheiten und es kommen auch keine chronisch Kranken hier an.

Das Robert Koch-Institut (RKI) als zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention machte inzwischen ebenfalls deutlich, dass von den Flüchtlingen keine Gefahr für die allgemeine Bevölkerung durch eingeschleppte Infektionskrankheiten ausgeht.

Demnach sind unter den Migranten jedoch im Einzelfall seltene, behandlungsbedürftige Erkrankungen möglich. Ausgehend davon soll eine Ausbreitung in die Allgemeinbevölkerung jedoch sehr unwahrscheinlich sein, so die Experten des RKI. Ansonsten gilt nach ihrer Erfahrung: Die bei Asylsuchenden auftretenden Krankheiten unterscheiden sich in der Regel nicht von denen der Einheimischen.

Kommt es jedoch zu Krankheitsfällen in Flüchtlingsunterkünften, so steckten sich die Betroffenen größtenteils hier in Deutschland an. Dieses Risiko besteht allerdings insbesondere deshalb, da die Flüchtlinge aufgrund der hinter ihnen liegenden Belastungen, der räumlichen Enge in manchen Aufnahmeeinrichtungen sowie nicht zuletzt aufgrund von mangelndem Impfschutz anfälliger für Infektionen sind als ein gesunder Deutscher.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALER DIENST
Chilehaus
Fischertwiete 2
20095 Hamburg
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Girardetstraße 2-38 (Eingang 3)
45131 Essen

STIFTUNG SOZIALER DIENST



die deutsche Tochter der
PUBLIC SERVICE FOUNDATION
eine Initiative der EUROPEAN HOMECARE